

# Berliner Tageblatt



und Handels-Zeitung

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.  
Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

## Beschlußunfähigkeit der Nationalversammlung.

Sabotage durch die Rechtsparteien. — Die Regierungserklärung über den Ausnahmezustand.

### Die Schlußsitzung.

E. D. Seite, am letzten Tage, geht es in der Nationalversammlung recht lebhaft zu. Die drei Regierungsparteien sind nunmehr, im Gegensatz zu gestern, zahlreich vertreten. Auch die Ministerbank ist vollbesetzt. Mit wenigen Ausnahmen sind alle Minister in ihrem Stab von Kommissaren erschienen. Der Beginn der Verhandlungen, der bereits auf 9 1/2 Uhr festgesetzt war, verzögert sich etwas. Die sozialdemokratische Fraktion, die sich mit der kleinen Kabinetsfraktion beschäftigt, zieht sich etwas länger hinaus. Schließlich einigt man sich, geht einem Konflikt aus dem Wege und nimmt einer vorbereiteten Regierungserklärung zu, die bloß eine formale Beantwortung der Frage zuseht, ob und wo der Ausnahmezustand in den fraglichen Teilen des Reiches gemildert oder aufgehoben werden kann.

Gegen 10 Uhr eröffnen die Glockenzeichen im Hause. Die Sitzung beginnt. Das Parlament der Abgeordneten fällt sich. So mancher von ihnen ist das letzte Mal an dieser Stelle, um dann in der Masse der politischen Zuschauer zu verschwinden. Zunächst muß das Parlament eine Reihe kleiner Anfragen über sich ergehen lassen, die, stereotyp an Regierungsschrift beantwortet, keinerlei Aufregung verursachen. Um 11 Uhr, endlich, kommt der erste entscheidende Moment. Präsident Fehrenbach erhebt sich und macht eine einladende Handbewegung zum Ministerstuhl. Aber nicht Hermann Müller, der sozialdemokratische Reichskanzler, sondern sein Vertreter, der demokratische Abgeordnete Koch, gibt die Erklärung ab: Rechts und links sind Gefahren für den ungeleiteten Verlauf der Wahlen. In Ost- und Bayern und im Ruhrgebiet sind die Verhältnisse besonders bedrohlich. Kurz, die Regierung sieht sich außerstande, den Ausnahmezustand abgewickelt aufzuheben. Wer man wird nochmals unteruchen, wo er beseitigt oder wenigstens gemildert werden kann. Die Wahlbewegung soll auf alle Fälle ungeleitet verlaufen. Nur die Unabhängigen Sozialdemokraten nicht. Sie erklären sich für die Regierungsvorrichtung, sind Scheingründe. Warum hat sie niemals den Ausnahmezustand gegen die vorrechtstehende Seite formale Voraussetzungen angewendet? Die Unabhängigen stellen jedenfalls den Antrag, der Regierung den Vorwurf der unrichtigen Rechtsbewegung zu machen und ihr das Mißtrauen auszusprechen. Es heißt, daß die Mehrheitssozialisten bei der Frage bleiben und auch heute in derselben Frage mit den Unabhängigen zusammengehen werden. Aber im sozialistischen Reich führt dieser Wind kein Blattlein. Alles bleibt stumm ringsum. Der Antrag der Unabhängigen wird dem Bureau vorgelegt. Aber siehe, es fehlt eine von den erforderlichen fünfzehn Unterzeichnern. Ganz bittet den Präsidenten, sich doch mit der Aufforderung ans Haus zu wenden, die Zahl der Unterzeichner zu vervollständigen. Das ist, erklärt Herr Fehrenbach, gesetzlich unmöglich anzuführen. Und in der Mehrheitssozialdemokratie verzieht auch jetzt keiner eine Miene. Kurz, der Antrag ist gegenstandslos geworden. Alles laßt. Ganz links rückt man ein wenig. Damit ist auch dieses Mißgeschick vorbei. Die Sozialdemokratie hat, nach der gestrigen kleinen Extratur, wieder Disziplin gehalten.

Eine neue Spannung tritt ein. Die dritte Lesung des vormaligen Entwurfs über die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit soll vorgenommen werden. Vor der letzten Sitzung der Nationalversammlung mußte sie, wegen Beschlußunfähigkeit

des Hauses, vertagt werden. Wird sich heute dasselbe Schauspiel wiederholen? Wann man die große Schar der Abgeordneten überblickt: nein. Die dritte Lesung soll beginnen. Der deutsche nationale Abgeordnete v. Graefe stellt den Antrag, in Konsequenz der früheren Haltung seiner Partei den Gegenstand von der Tagesordnung abzulesen, das heißt unter den Tisch fallen zu lassen. Unruhe. Der Präsident zuckt die Achseln. Der Mehrheitssozialist Lohse beantragt namentliche Abstimmung über den deutschen nationalen Antrag. Nun wird man ja sehen. Da verlassen die beiden Rechtsparteien, die deutschnationalen sowohl wie die deutschen Volksparteier den Saal, um das Haus künftig beschlußunfähig zu machen. Sie verlassen, indem sie Obstruktion treiben, noch im letzten Augenblick die Arbeit des Parlamentes zu sabotieren. Die dreißig Marxisten, die jedem Abgeordneten abgelesen werden, wenn er bei einer namentlichen Abstimmung fehlt, riskieren sie.

Die Abstimmung folgt. Die Zeitsammler geben durch die Reihen des Parlaments. Jetzt zählt das Bureau die Stimmen, die keinen roten und weißen Zettel. Drei zurückgeliebene Stimmen der Rechtsparteien (3 x 20 = 60 Marx) stimmen für den Antrag Graefe, 208 dagegen. Das Haus ist also, muß der Präsident, leicht feugend, feststellen, beschlußfähig, da eine einzige Stimme fehlt. Bei der Verhandlung des Resultats treten die Abgeordneten der Rechtsparteien lächelnd, als wäre nichts geschehen, wieder in den Saal. Ihr Antrag auf die Nationalversammlung ist gelungen. Sie haben die parlamentarische Arbeit des Hauses, noch eine halbe Minute vor zwölf, lahmgelegt. Ein trotziger Rechtsputz. Die Nationalversammlung der Frankfurter Paulistkirche mußte vor der Reaktion weichen, und der nach Stuttgart geschickte Lohse wurde schließlich von den Parlamenten der Reaktionäre auseinandergetrieben. 71 Jahre später mißlingt der Kapp-Putsch. Aber dieser letzte, an sich sinnlose Schlag der Rechten gegen die Nationalversammlung führte zu einem Erfolg. Jetzt haben die Wähler die richtige Antwort darauf zu geben.

Kurz nach elf Uhr war der Schlußsatz zu Ende. Das Haus ging auseinander, wurde aber zu einem Spätag geladen, den eine halbe Stunde später eine Kundgebung des Reichspräsidenten Oberst an die sicherbende Nationalversammlung bilden sollte. Präsident Fehrenbach verließ sie. Ein Rückblick über die geleistete gewaltige gesetzgeberische Arbeit, die dem Wiederaufbau Deutschlands nach dem militärischen Zusammenbruch diente. Alles ist noch im Fluß. Bitters Rückblicke sind nicht ausgeschlossen. Damit den Bauarbeiten der neuen Republik! Aber, möcht Oberst, bleiben sie auch in der Zukunft, an der Schwelle des neuen Reichstages, auf dem Wege der Geschichtlichkeit. Die äußerste Linke zieht. Die Mitte wendet sich dagegen. Aber die Werten einer leichten Erregung glätten sich sehr wieder. Am Schluß quittieren die Unabhängigen Sozialdemokraten die Kundgebung wiederum mit Ja. Die Mehrheitsparteien applaudieren.

Nun kommt noch der Reichskanzler Hermann Müller zu Wort. Wiederum ein Rückblick und ein Appell an das Ausland, daß es sich nicht wieder aufgerichtetes Deutschland die wirtschaftliche und politische Gefährdung ganz Europas nicht möglich sei. Herr v. Bahr würdigt die Tätigkeit des Präsidenten und dankt ihm im Namen der Parteien. Fehrenbach erwidert ergriffen, wobei ein Abschiedswort dem aus dem parlamentarischen Leben scheidenden Abgeordneten v. Beyer und jendet den Deutsch-Oesterreichern einen Gruß.

Die letzte Sitzung ist beendet. Der Saal leert sich. Die Nationalversammlung ist gewesen.

## Durch das ostdeutsche Abstimmungsgebiet.

Masuren und Ermeland.

Von (Kriegsbrud. veröben.)

Dr. Paul Michaelis.

Allenstein, im Mai.

Nach der Entscheidung im nördlichen Schlesien richten sich die Blicke nach dem deutschen Osten. Wie steht es mit den ostdeutschen Bestimmungen? Eine an die große deutsche Presse aller Richtungen ergangene Einladung gab die willkommene Gelegenheit, frühere Beziehungen zu Land und Bewohnern wieder aufzutreiben, in Fühlung mit den leitenden Persönlichkeiten zu treten und so die nötigen Grundlagen für ein eigenes Urteil zu gewinnen. Die Fahrt begann in Ost und führte durch sämtliche Kreise des Regierungsbezirk Allenstein. Begünstigt von sonnigem Frühlingsernte, ließ sie die Schönheit der Landschaft in abwechslungsreichen Bildern erkennen. Das weilige Gelände mit seinen zahllosen größeren und kleineren Seen, die ausgedehnten Wälder und die in äppigem Grün sprießenden Felder geben dem südlichen Ostpreußen seinen reizvollen Charakter.

Der Krieg ist über das Abstimmungsgebiet hinweggebraut und hat seine Spuren bis zum heutigen Tage hinterlassen. Kaum eine größere Stadt, kaum ein Dorf, in demer nicht ein Teil der öffentlichen und privaten Gebäude in Schutz und Asche gelegt wurde. Gleich in Lyck sah man noch die Ruinen der in Brand geschossenen Kirche und zahlreiche Läden in den einzelnen Straßen. Und diese Einbrüche wiederholten sich von Tag zu Tag. Ingesamt sind im Regierungsbezirk Allenstein nicht weniger als 14 116 öffentliche und private Gebäude zerstört worden. Aber erfreulicherweise ist der Wiederaufbau, der schon im Jahre 1915 einsetzte, bereits weit gediehen. Bis Ende 1919 waren 9069 Gebäude wieder hergestellt und 215 weitere im Bau begriffen. Auch heute noch wird trotz der hohen Materialpreise und Löhne und der sonstigen Schwierigkeiten weiter gearbeitet, wenn auch eine gewisse Verzögerung in der Wiederherstellung unermesslich geworden ist. Neben Reich und Staat haben dabei auch zahlreiche deutsche Städte tatkräftig mitgewirkt. Es war eine besondere Freude, feststellen zu können, daß Ortelsburg, beim Rückzug der Russen in Brand geschossen, zum größten Teil schon wieder aufgebaut worden ist. Durch die Unterstützung Berlins, das die Patenschaft übernommen hatte, wurde der Wiederaufbau für das neue Schmalzland erworben, der Markt der Ortelsburg erschlossen und eben der Wack für ein Volkshaus gesichert. „Noch Kind und Kindeskind werden Berlin für die Unterstützung dankbar sein“, erklärte uns der Bürgermeister von Ortelsburg.

Schon die Teilnahme, die den Bewohnern Ostpreußens vom ganzen Reich während des Krieges gezeigt wurde, ist eigentlich als ein Beweis dafür anzusehen, daß die Bedeutung Ostpreußens vom deutschen Volk nicht unterschätzt wird. Man hört trotzdem immer wieder die Klage, daß die Ostpreußen vom übrigen Reich vergessen und verlassen seien. Es drückt sich darin die Enttäufung über den Ausgang des Krieges und über den Frieden von Versailles aus. Tatsächlich ist Ostpreußen dadurch in eine schwierige Lage gebracht worden. Durch den politischen Korridor vom Reich abgetrennt und auf sich selbst angewiesen, muß es die Isolierung in wirtschaftlicher wie politischer Beziehung schmerzlich empfinden. Deshalb ist man in Ostpreußen, und besonders im Abstimmungsgebiet, ganz besonders dankbar für jedes Zeichen tatkräftiger Teilnahme und Unterstützung. Aber mit Worten allein können die ostpreussischen Beschwerden nicht gehoben werden. Ostpreußen hat gerade wegen seiner Isolierung schwere wirtschaftliche Sorgen, die beseitigt werden müssen, wenn es nicht verarmen soll. An eine Lösung vom Reich denkt die große Masse der Bevölkerung gewis nicht; was darüber von unerantwortlichen Personen an haltlosen Projekten ausgesprochen worden ist, das blieb ohne Wiederhall bei der großen Mehrzahl der Bewohner. Aber Ostpreußen beansprucht eine Rückficht auf seine besonderen Verhältnisse. Und diese Wünsche können nicht mit einer Handbewegung abgetan werden. Der jetzige Oberpräsident Siehr, ein aufrechter Demokrat, ist durchaus die geeignete Persönlichkeit, um in enger Fühlung mit Preußen und dem Reich die besonderen Lebensbedingungen seiner Provinz im Rahmen des Möglichen zur Geltung zu bringen. Man wird ihm dazu Erfolge wünschen und zugleich die Erwartung aussprechen müssen, daß es gelinzt, die Abschnürung durch den politischen Korridor, wenn nicht völlig aus der Welt zu schaffen, so doch derart zu modifizieren, daß ein ungehinderter Verkehr zwischen Ostpreußen und dem Reich wieder durchgeföhrt wird. Denn wie heute Polen im Korridor seine Macht handhabt, ist allerdings der notwendige Austausch zwischen Ostpreußen und dem Reich so gut wie völlig unterbunden.

Wie im nördlichen Schlesien, so überreicht auch im ostpreussischen Abstimmungsgebiet ein starker Heimatstimm. In Masuren ist er noch durch die bitteren Erfahrungen des Krieges verstärkt worden. Hier drangen die östlichen Horden wie vor Jahrhunderten die Tartaren zuerst ein, verbrannten die Hütten, führten das Vieh weg, verewaltigten die Frauen und Mädchen und verschleppten die Männer. Von der Erinnerung an diese furchtbare Zeit kommt man hier nicht los. Durch das ganze Land hört man das Masurenlied, das die Schönheit der Heimat preist, und immer wieder wird daneben das alte deutsche Lied gefungen: „Ich hab' mich ergeben, mit Herz und mit Hand, dir Land voll Lieb und Leben, mein deutsches Vaterland.“ Denn als Vaterland kommt für den Masuren nur Deutschland in Betracht. Gerade unter den Masuren gibt es niemanden, der politisch fähige und unter politischer Herrschaft stehen wollte. Wir wohnen in Ost einem Heimatfest des Masurenbundes bei, das von zweitaufend

## Das neue Kabinett Ritti.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

Rom, 20. Mai.

Laut einer Mitteilung des „Messaggero“ hat sich das neue Ministerium heute offiziell konstituiert. Ritti behält das Präsidium und Inneres, Scialoja übernimmt das Ministerium des Äußeren. Drei Katholiken und ein Radikaler treten neu in das Kabinett ein.

Paris, 21. Mai. (W. T. S.)

„Matin“ meldet aus Rom: Das Ministerium Ritti wird wahrscheinlich heute abend gebildet werden. „Messaggero“ veröffentlicht folgende voraussichtliche Liste, wobei noch der Minister für Post und Telegraphie fehlt. Vorkitz und Inneres: Ritti, Außenminister: Scialoja, Schatz: Schonger, Finanzen: Alessio, Justiz: Fera, Krieg: Bonomi, Marine: Segni, Offensivarbeiten: De Rada, Landwirtschaft: Bertini, Innerer: Torre, Wiedereroberte Gebiete: Micheli, Industrie: Ferraris. Wiesel und Bertini gehören der katholischen Volkspartei an, Fera den Radikalen.

Die italienische Kabinetskrisis hat diejenige Lösung gefunden, die von vornherein als nicht unwahrscheinlich in Rechnung zu stellen war. Die Kammer hatte, da sie noch nicht geneigt schien, zu einer Kombination Giolitti zurückzukehren, seine andere Persönlichkeit als Ritti, die imstande gewesen wäre, eine feste Regierungsmehrheit um sich zu fähren. Die Bemühungen des Reformsozialisten Bonomi scheiterten an dem Widerstand der das Junglein an der Wage bildenden katholischen Volkspartei. Diese trug ihm schon seine Mitgliebschaft an der früheren liberalen („freimaurerischen“) Stadterverwaltung Roms nach. Ritti haben die Popolari nunmehr, trotzdem sie ihn selbst kürzen geföhren, gegen einige Konzeptionen an ihr sozialreformistisches Programm ihre Unterstützung zugesagt und sich bereit erklärt, einige Portefeuilles zu übernehmen. So ist es Ritti gelungen, sein Kabinett auf eine breitere Basis zu stellen als vorher. Nur die radikalen Sozialisten und die Nationalisten bleiben in der Opposition. Man kann annehmen, daß die zustande gefommene Lösung in Italien

mit Befriedigung aufgenommen wird. Wahrscheinlich auch überall im Ausland, Frankreich ausgenommen, wo man während der Krisis dem Verbruch über Ritti äußere Possit in einer lärmenden Weise Luft gemacht hat, die die Italiener sehr verunmutet. Ritti gibt schon durch die Beibehaltung seines bisherigen Außenministers Scialoja zu erkennen, daß der Kurs der auswärtigen Politik keine Veränderung erfahren wird. Das gilt sowohl von der Verhandlung mit den Südslawen, über die nur in Kallansa sofort weiterverhandelt werden wird, als von der Stellungnahme zu den Ententeverhandlungen mit Deutschland und zu der Wiederaufbaufrage überhaupt.

Man kann erwarten, daß das Verlangen der italienischen Presse, Italien die ihm gebührende Rolle bei den Verhandlungen in Spa spielen zu lassen, nun seine Erfüllung finden wird. Vom deutschen Standpunkte und auch vom Standpunkte des allgemeinen Interesses kann man das nur begrüßen. Das hohe Verdienst, das sich Ritti durch seine tatkräftige Haltung um die Rückkehr zu einer wirksamen und ehelichen Verhandlungspolitik erworben hat, rechtfertigt die Hoffnung, daß der Einfluß seiner starken Persönlichkeit in dieser Richtung wirksam bleibt.

## Zusammenstöße in Hamburg.

3 Tote, über 20 Verwundete.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

Hamburg, 21. Mai.

Im Laufe des gestrigen Nachmittags kam es zwischen Arbeitlosen und der Sicherheitswehr zu blutigen Zusammenstößen, bei denen es weit über 20 Verwundete und drei Tote gab. Sechs Demonstranten wurden verhaftet. — Zurzeit findet in einem Lokal auf der Altonaer Grenze eine Verhandlung mit dem bekannten kommunistischen Agitator Dr. Lauffenberg statt. St. Pauli nimmt von verdächtigen Gestalten, die ebenfalls auf neue Instruktionen und damit verbundene Pflanzungsmaßnahmen rechnen. Es sind weitgehende Vorichtsmaßnahmen getroffen. Der Verkehr wird sich zurzeit in äußerster Weise ab.



# Die Schlussfikung der Nationalversammlung.

## Die Obstruktion der Reichsparteien. — Eine Rundgebung des Reichspräsidenten.

178. Sitzung, Freitag, 21. Mai.

Am Regierungstisch: Müller, Koch.  
Präsident Rechenbach eröffnet die Sitzung um 9 Uhr 40 Minuten. Das Haus ist sehr schwach besetzt.  
Zu Beginn der Sitzung werden einige Anfragen erledigt. Es folgt dann

### eine Erklärung der Reichsregierung.

Reichsminister des Innern Koch gibt darauf folgende Erklärung ab: Die Reichsregierung ist getreu durch eine Resolution der Nationalversammlung beauftragt worden, den **Ausnahmestand im Reich** aufzuheben. Bei der verfassungsmäßigen Stellung der Regierung zum Parlament hat dieser Beschluß der Regierung Veranlassung zu nachfolgenden Erwägungen gegeben werden müssen. Wenn es gelten kann, so hat die Regierung erklärt, daß die Aufhebung des Ausnahmezustandes nicht überall in Deutschland auszuführen ist, aber noch im Laufe dieser Woche geprüft werden würde, in welchen Bezirken er beseitigt werden könne, so hat die Regierung mit Rücksicht auf den Beschluß der Nationalversammlung eine vorläufige Prüfung dieser Frage noch im Laufe des gestrigen Tages vorgenommen. Danach bleiben in gewissen Bezirken Deutschlands Bedenken gegen die Aufhebung des Ausnahmezustandes bestehen. Zur Aufhebung von **Bestandteilen reaktionärer Kreise, von Frontsoldaten, namenhaften in Weiten, im Sinne gewalttätigen Ausschüßes einzuweisen**, (Hört, hört!) lieber diese Dinge wird die Öffentlichkeit bereits in den nächsten Tagen nähere Aufklärung bekommen. **Sobald kann die Gefahr kommunistischer Wut**, namentlich im Hinblick auf den Umfang der noch vorhandenen Waffenaufsammlungen noch nicht überall als behoben gelten. Das gilt besonders für das Ruhrgebiet. Außerdem schweben dort leider noch zahlreiche unentschiedene Verfahren, und es befinden sich noch viele Personen in Haft. Die Angehörigen sind jetzt auf Anweisung der Regierung, die dafür bestenfalls Maßnahmen ergreifen hat, angestrengt damit beschäftigt, das Verfahren gegen die Verurteilten und gemeinen Verbrecher beschleunigt durchzuführen und die Inhaftierten zu entlassen. Wenn gerade in diesem Augenblick das Verfahren unterbrochen und ad hoc auf die ordentlichen Gerichte überführt würde, so würde eine starke Verzögerung der Entlassung Inhaftierter entstehen, zumal gerade diese Verfahren meist vor die Schwurgerichte kommen würden. Aus diesem Grunde wird auch im eigenen Interesse der Beschäftigten im Ruhrgebiet der Ausnahmezustand nicht beseitigt werden können. Am übrigen neuzeitlich der Regierung wegen der Militärkrisen in Bestimmungen im Ruhrgebiet auf die in den letzten Tagen in der Presse veröffentlichten Erklärungen. Weiter ist in **Gotha der Ausnahmezustand** wegen des verfassungswidrigen Verhaltens der Gothaischen Regierung erst in den letzten Wochen verhängt und muß beseitigt werden, bis für den 30. Mai auf Veranlassung der Reichsregierung ausgeführten Wahlen die Abgültigkeit ergeben, den Willkürlichen festzustellen und eine verfassungsmäßige Regierung zu bilden. Endlich hat die **Vanderegierung in Bayern** mit Rücksicht auf die nach ihren Anschauungen besonders gefährlichen Verhältnisse, sich mit aller Entschiedenheit gegen die **Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern** erklärt. Die bayerische Regierung hat inzwischen erklärt, daß sie die Wahlbewegung nicht insoweit beschränken und insbesondere besondere Zeitungsverbote aufheben wird. Darüber, ob in Bayern noch weitere Erleichterungen möglich sind, wird die Reichsregierung mit der bayerischen Regierung, die die Verhältnisse in erster Linie zu beurteilen hat, in Gesprächen einwirken. Die endgültige Prüfung im Laufe dieser Woche wird ergeben, ob zu den aufgeführten Gebieten noch irgendwelche andere hinzuzurechnen. **Dagegen kann auf Grund der von mir gestern bereits erläuterten, vorläufig vorgenommenen Prüfung im größten Teile des Reiches der Ausnahmezustand, soweit er noch besteht, aufgehoben werden.** In allen Teilen des Reiches aber verbleibt die Reichsregierung, entsprechend der gestern abgegebenen Erklärung dafür, daß während der Wahlbewegung die Versammlungs- und Versprechungsgefahr werden wird.

Abg. **Kentz** (H. Soz.): Diese Erklärung ist ein glatter Verfassungbruch. Die Koalitionsregierung entschließt sich damit selbst den Boden unter den Füßen.

Reichsminister Koch: Von einem Verfassungsbruch ist keine Rede. In Gotha haben alle Parteien mit Ausnahme der Unabhängigen um Hilfe gegen den Terrorismus der ungesetzlichen Regierung gebeten. Die Reichsregierung ist bemüht, dort ver-

fassungsmäßige Zustände herzustellen. In Bayern ist die Bevölkerung durch die kommunistische Verwilderung. Die Reichsregierung kann nicht gegen den Willen der Landesregierung vorgehen. Dagegen unrichtig ist die Behauptung, daß der Ausnahmezustand gegen rechts nicht in Anwendung gebracht wird. Es kommen Beschwerden von rechts und links. Die Regierung geht aber den besten Weg des Rechts und der Gerechtigkeit.

Abg. **Kentz** (H. Soz.) bringt einen Antrag ein, wonach die Nationalversammlung erklären soll, daß sie in der Erklärung des Ministers Koch einen Bruch der Verfassung erblicke und der Reichsregierung das Vertrauen entziehe. (Rufen.) Der Redner teilt mit, daß er für diesen Antrag leider nur 14 Unterfertigten habe und bittet, die anderen Parteien zu unterstützen. (Rufen.)

Präsident **Rechenbach**: Ihre Anträge müssen von 15 Abgeordneten unterzeichnet sein. Da diese Zahl nicht erreicht ist, ist die Sache damit erledigt. (Geheft.)

### Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit.

Auf der Tagesordnung steht dann die dritte Sitzung des Geheimschutts zur Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit und die Vorlage über die Stellung der Geheimschutts.

Abg. **v. Graefe** (Deutschl.): Wir beantragen, diese Punkte von der Tagesordnung abzuheben. Es ist zweifelhaft, ob das Haus beschlußfähig ist; die wichtige Frage darf aber nicht von einem beschlußfähigen Hause entschieden werden. (Rufen links und Reute: Obstruktion!)

Abg. **Koch** (Soz.) beantragt namentliche Abstimmung über diesen Antrag.

In der Abstimmung beteiligen sich von der Rechten nur die Abgeordneten **Schulz**, **Womburg**, **v. Graefe**, **Schäfer**. Es stimmen mit ja drei Abgeordnete, mit nein 208, ungenannt haben also an der Abstimmung 211 Abgeordnete teilgenommen. Zur Beschlußfähigkeit gehören 212.

Präsident **Rechenbach** stellt fest, daß also eine Sitzung an der Beschlußfähigkeit fehlte. Das Haus ist also beschlußunfähig. Er hebt die Sitzung auf.

Die Sitzung wurde auf eine halbe Stunde unterbrochen, und Präsident **Rechenbach** eröffnet sie um 11 Uhr 45 Minuten und verliest die folgende

### Rundgebung des Reichspräsidenten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit dem heutigen Tage schließt einer der bedeutungsvollsten Abschnitte im parlamentarischen Leben Deutschlands. Seit dem 6. Februar 1919 waren Sie die Träger einer politischen Entwicklung, die so überreich an Gelübden, Arbeiten und Leiden wie wenige gewesen ist. Sie waren berufen, unter den schwersten Umständen die schwersten Entschlüsse zu fassen und Ihre Arbeit dem Tag für Tag, Stunde für Stunde unter den inneren Erschütterungen der Nachkriegszeit und unter den Drohungen der Gegner von außen. Wenn es Ihnen trotzdem gelungen ist, die Grundmauern für eine neue politische und wirtschaftliche Wiedererhebung des deutschen Volkes zu errichten, so ist es Ihre Ehre und Pflicht, Ihnen für alles Geleistete zu danken. Die Fülle der Arbeit, die hinter Ihnen liegt, zeigt sich am deutlichsten, wenn wir an das Trümmerteil denken, das am Tage des Waffentilgungsvorgangs vor uns lag. Es galt nicht nur, ein Volk aus dem Untergang des Krieges, aus der dumpfen Verzweiflung der endgültigen Niederlage aufzuführen, ihm Arbeit und Brot zu schaffen und es an Freiheit und Selbstachtung zu gewöhnen, sondern vor allem die ganze Volkswirtschaft, das ganze Denken und Fühlen, die Anschauungen eines ganzen Volkes den neuen Verhältnissen anzupassen. Es galt, dem deutschen Volk im Wege der Selbstbestimmung neue Formen seines Lebens, die neue Verfassung zu geben und damit das Fundament zu schaffen, auf dem sich die gegenwärtige und kommende Geschichte des deutschen Volkes aufbaut. Die Auswirkungen des Krieges auf die Weltwirtschaft, die Entwertung unseres Geldes und unseres Geldrechts mit allen ihren Folgen zwangen, in unserem Wirtschaftswesen eine grundlegende Neugestaltung der Stellung des Arbeitnehmers in Industrie und Handel einzuführen zu lassen im Sinne der Wirtshaft aller schaffenden Volkstriebe bei allen wirtschaftlichen Unternehmungen. Der Zusammenbruch des alten Heres machte die Schaffung einer neuen Wirtschaft notwendig, die kein Instrument einer irgendwie gesteuerten Kriegspolitik sein konnte. Alle diese Um- und Neugestaltungen sind noch im Fluß. Das Ergebnis der deutschen Revolution ist noch auf keinem Gebiete abgeschlossen. Da und dort haben wir bittere Rückschläge erlebt, ich erinnere nur an den Kapp-Putsch mit seinen katastrophalen Folgen. Sie aber haben das Verdienst, neue Grundfesten in das Chaos hineingebaut zu haben, und wenn einst das Richtfest der neuen Republik gefeiert wird, dann wird man Ihre als dem ersten Baumeister der Republik in Kreuz gedenken.

Sie gehen nun hinaus, um den Kampf um den neuen Weisheitstag zu führen. Erlauben Sie mir in dieser letzten Stunde der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung an die erste zu erinnern, als ich die Ehre hatte, Sie im Namen der Reichsregierung zu begrüßen. Damals habe ich unter Ihrer Zustimmung gesagt, erst mit dem **Selbstbestimmungsrecht** wird das deutsche Volk zu den höchsten Zuständen kommen. Nur auf der **breiten Grundlage der parlamentarischen Beratung und Selbstbestimmung** lassen sich die unauflösbaren Veränderungen auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiete vorwärtsbringen, ohne das Reich in seinen Grundfesten zu erschüttern. Ich möchte diese Worte, die am Beginn der Nationalversammlung gesprochen wurden, heute an der Schwelle des neuen Reichstages wiederholen. Nur die zeitigen Wahlen sind die einzig erlaubten für Sie alle, welcher Partei die Damen und Herren immer angehören, und für welche sie in den nächsten Wochen werden wollen. Das Namens- und der Christen des deutschen Volkes werden ergeht an Sie alle die inländische Bitte: Zeigen Sie in dem ererbten Wahlstimmen Ihren Anhängern den Weg der Selbsterhaltung. Es ist das einzige, der autwärts führt. (Zurufe bei den H. Soz.: Ausnahmezustand! — Rechafter Beifall bei der Mehrheit.) **Nur wenn Sie den Gedanken der Verfassungsbildung abschneiden, kann Deutschland wieder entstehen.** Das ist mein heiligster Wunsch an den ersten Reichstag der Republik, daß er eine gewaltige Mehrheit für den geistigen Kampf und gegen die Gewaltpolitik bringen wird.

(Gezeichnet) **Ebert**, Reichspräsident.  
(Gegengezeichnet) Reichskanzler Müller.  
(Rechafter Beifall bei der Mehrheit, Händchen bei den H. Soz.)

**Reichskanzler Müller:**  
Die verfassunggebende Nationalversammlung, das erste Parlament der deutschen Republik, steht am Ende ihrer Tagung. Sie werden es verstehen, wenn ich als der aus Ihrer Mitte hervorgegangene Reichskanzler diesen bedeutungsvollen Augenblick nicht vorbegehen lasse, ohne unterer gemeinsamen fünfjährigjährigen Festlichkeit zu gedenken. Dem feierlichen Aufsat, mit dem die National-

versammlung in Weimar begann, läßt kein Ausblick von gleicher Heiligkeit gegenüber. Der Wahlkampf ist in vollem Gange. Wir alle sind fest überzeugt, daß die Arbeit für unsere politischen Ziele und Ideale. Während die Tagungsausschüsse der Nationalversammlung zu Ende geht, ist der neue erste Reichstag im Entstehen begriffen. Damit tritt unsere hauptsächlichste Aufgabe, dem deutschen Volke eine Verfassung zu geben, erst recht eigentlich in das Leben und Bewußtsein des deutschen Volkes und wird zu einem tragenden Bestandteil seines künftigen Lebens. (Zurufe bei den H. Soz.: Belegungsstunde!) Wie immer seine Arbeit wird abhängig sein von den hauptsächlichsten Entscheidungen der Nationalversammlung, vor allen Dingen von dem Friedensschluß, dem die Mehrheit dieses Hauses in der erschlafften Sitzung, die ein deutsches Parlament je erlebt, zugestimmt hat, um die schmerzlichen Bedrohungen vom Reiche abzuwehren. Der Friedensvertrag wird die Ziele und Grenzen des politischen Arbeiters jedes deutschen Reichstages bestimmen, er wird für jeden einzelnen Deutschen Würde und Schicksal bedeuten. (Sehr richtig!) Wir haben fünf Vierteljahr in Genuß und Bösem in jeder Hinsicht. Seit die Verfassung hat das Haus aufgeführt, in dem das deutsche Volk, einzig in seinen Stämmen, ein neues politisches Leben führen soll. Damit war die Grundlage gegeben, auf der Deutschland seinen Arbeiten und seinen geistigen Kampfen nachgehen konnte. Wir haben auch den finanziellen und politischen Wiederaufbau in Angriff genommen. Wir haben den Gedanken der nationalpolitischen Zusammenarbeit in Europa und Bösem in jeder Hinsicht, die der Nationalversammlung zugestimmt haben, seinem Zweck zu bittener Arbeit zu weihen, um es über die schlimmste Krise hinwegzubringen. Niemand von uns wird in solcher Zeit der Wirksamkeit vielen Dank erwarten. Der Tag, der der Nationalversammlung Gerechtigkeit widerfahren läßt, wird aber kommen. Wir haben noch Mühe und Gewissen gearbeitet für unser ganzes Imperiumvolk. Wenn wir nicht alles erreichen, so lag nicht zuletzt die Schuld daran, daß der Weltfrieden nicht einig gehalten hat. (Beifall.) Bessere Tage für uns und für die Menschheit werden erst dann kommen, wenn die Überzeugung, daß **Europa ohne ein gesundes Deutschland nicht dauernd gesund sein kann**, Gemeingut der europäischen Staatsweisheit geworden sein wird. (Sehr richtig!) Dazu ist es höchste Zeit, wenn nicht Europas Kultur dauernd in unserer Gefahr ausgeht sein soll. Diese Gefahren richtig und rechtzeitig erkannt zu haben und demgemäß unter den allerhöchsten Verhältnissen gearbeitet zu haben, wird die objektive Geschichtsbilanz ein für allemal die Nationalversammlung als ihr größtes Verdienst rufen. (Rechafter Beifall bei der Mehrheit.)

Abg. **v. Bahr** (Zem.): Meine Damen und Herren! Ich glaube Ihrer Zustimmung sicher zu sein, wenn ich, bevor wir auseinandergehen, unseren verehrten Herrn Präsidenten den Dank des Hauses ausspreche. (Stapel!) Als wir in Weimar auseinandergehen, haben wir gelobt, wir haben den Höhepunkt unserer geschichtlichen Annahmehahme und den Höhepunkt der Selbstbestimmung unserer geschichtlichen Auseinandersetzungen erreicht. Wir hatten uns versagt. Friedlicher sind unsere Beziehungen zu den nicht deutschen Völkern, und es ist uns gelungen, die Nationalversammlung her zu weber das Geschick der Nation, nach in dem Abschnitt unter Tagung hat unser Präsident klar, würdig und wirkungsvoll zum Ausdruck gebracht, was wir als die Vertreter des deutschen Volkes vor ihm in und Ausland feierlich aussprechen hatten. Unvergessenlich hatte Anforderungen sind an uns herangezogen. Ebenso mußten auch an die Geschicksgewandtheit, die Arbeitskraft und den Heberblick des Präsidenten die höchsten Anforderungen gestellt werden. Er hat sich alles, insondern mit einem festen Willen, zu einem so guten Ende geführt, wie man es nach dem Verlauf der Tagung erwarten konnte. Wir alle das dankt die Nationalversammlung dem Präsidenten. Er wird, wenn er aus diesem Hause im Gefühl seiner Pflichterfüllung scheidet, übergehen in die Geschichte als der würdige Präsident der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung.

Präsident **Rechenbach**: Ich bin außerordentlich gerührt durch die freundlichen Worte, die der Abgeordnete v. Bahr mir gewidmet hat. — Weiter weist er in seinem Dankwort darauf hin, daß er sich stets von dem Bestreben hat tragen lassen, in Gerechtigkeit und Parteilichkeit den Parteien alle Mitglieder des Hauses gleichmäßig abzuhandeln. Der Dank geht aber nicht nur dem Präsidenten, sondern auch dem Abgeordneten Schriftführer, dem Bureau, den Beamten und Angestellten des Hauses männlichen und weiblichen Geschlechtes. Auch die außerordentlich mühevollen Arbeit ist besonders anzuerkennen, die die Presse unserer Tagung gewidmet hat. Den Abgeordneten v. Bahr, dem Senior des Hauses, der eine so hervorragende Rolle im politischen Leben angenommen hat, begleiten die herzlichsten Wünsche für seinen Lebensabend in die schönste schmählische Heimat. Ich hoffe, daß seine Ergebnisse uns zwingen werden, die Nationalversammlung noch einmal einzuberufen. Wir waren befreit, zum Besten des deutschen Volkes zu arbeiten. Die Nationalversammlung hat dem deutschen Volke das Bewußtsein eines selbstbewußten Aufstehens gegeben. Die Geschichte wird das anerkennen. Unsere Staatsbrüder in Oesterreich sind gewillt, ihre Geschichte mit uns zu verbinden. (Beifall.) Wir hoffen, daß das Selbstbestimmungsrecht der Völker eines Tages die Vereinigung der getrennten Stammesbrüder herbeiführt. In dieser Hoffnung, mit den herzlichsten Wiederwünschen für die, die nicht mehr im nächsten Reichstag zugegen sein werden, und mit den besten Wünschen für alle unsere Kollegen schiebe ich die Nationalversammlung. (Rechafter Beifall.)

Schluß 12 Uhr 30 Minuten.

### Preussisch-Süddeutsche Klassen-Lotterie.

Am der heutigen Verlosungsgesellschaft sind:

2 Gewinne zu 50000 Mark auf Nr. 8077.
3 Gewinne zu 15000 Mark auf Nr. 1987.
3 Gewinne zu 10000 Mark auf Nr. 1887.
66 Gewinne zu 5000 Mark auf Nr. 5827, 7481, 10426, 41715, 42449, 44699, 47880, 56335, 78587, 73122, 84855, 82188, 97717, 106532, 108112, 126366, 138217, 131492, 137062, 139659, 159516, 149273, 159541, 161291, 165493, 166909, 192319, 197108, 228088, 233409, 230274, 233059, 239276, 243076.
124 Gewinne zu 1000 Mark auf Nr. 1549, 10983, 11289, 18695, 160589, 10465, 19586, 24166, 34389, 36717, 39881, 51883, 58245, 56724, 60350, 65879, 72129, 78109, 81421, 84359, 92428, 94499, 99719, 101447, 103797, 104270, 105471, 106230, 110068, 118007, 118781, 118985, 118991, 118919, 129233, 129178, 158428, 150221, 151115, 152210, 152811, 153821, 156905, 170595, 182928, 186354, 191299, 196352, 199467, 200729, 201241, 202609, 203964, 214015, 218949, 222026, 225795, 229810, 231923, 232175, 233964.

\* Für die Deutsche demokratische Partei in Berlin und Westfalen wird für die bevorstehende Reichstagswahl **Preussisch-Süddeutsche Klassen-Lotterie** jeder Kreis dringend benötigt. Preisliche Wahlleiter werden gesucht, die möglichst sofort mit dem demokratischen Wahlbureau, Berlin W, Nitzschplatz 8, in der Zeit von 10 bis 12 Uhr vormittags oder 5 — 7 Uhr nachmittags, zu melden.

Vorgens voraussehbare Wetter in Berlin und Umgegend. Ein wenig kühler, zeitweise aufklaren, jedoch überwiegend bewölkt bei meist schwachen, veränderlichen, vorherrschend nördlichen Winden. Etwas Regen- und Gewitterneigung.

Stillehen von Dürsche. Plönke geht den Weg zum Kurgeschichten, wie zu furchen war. Bei Rudolf Koch, der viel zu einer Malerei von dekorativer Wirkung mitbringt, kommt es nie zu einer ganz reinen Lösung.

Auch in der Plastik sind es mehr kleine Arbeiten, die glücken, als die großen, die auch der Zahl nach verschwinden. Der Kleinplastikturner muß mit Häfen und Statuetten gefüllt werden. Das ganze Forum dieses Hauses darf nicht mehr. Eine Wüste von Julius Steinert fällt besonders auf. Larve Charakteristik in Form und Gestaltung, knappe plastische Form. Walter Sandfeld gibt einen Kasten und junge Falten in Marmor. Werke Kleinplastik von Krenn zeigt die besten Dummheit. Starke Brumen und Peterich's Statuen zeigen einen etwas spröden Klassizismus.

Der Zeitpunkt bedeutet die Ausstellung des Verbanes der 11. Kunstausstellung. Was sich „Künstler“ dabei denken, wenn sie diese läpplichen Albernheiten aus Wühlkästen zehnter Klasse auch noch ausstellen, das wird kein gewöhnlicher Mensch begreifen. Eine härtere Zumutung ist noch nie gemacht worden. Auch die große öffentliche Ausstellung ist schwächer als sonst. Die Farbenlosheit der Abteilung Mäner. Conventius, Seltow, Pöbel geben eine hübsche Abteilung.

Die Eröffnung der Großen Berliner Kunstausstellung fand heute vormittag in Anwesenheit des Reichspräsidenten Ebert statt. Um 11 Uhr verließ er sich im Hofe eine zahlreiche Menge geladener Gäste um den Leiter der Ausstellung, Professor Max Schilling, der in seiner Begrüßungsansprache mit knappen Sätzen das Zustandekommen des bedeutungsvollen Werkes schilderte. Auf die Einladung der Regierung hin haben sich die beiden Gegenüber: der Verein Berliner Künstler und die Kolumbergerverein unter einem Dach zusammengefunden. Die beiden Exzeptionen blieben leider der Gesamtausstellung fern. Da ihre Jubiläumsgestaltungen schon die ganze Kraft in Anspruch nahmen. Mit besonderem Nachdruck wies Schilling auf die Bedeutung des Festlichen in der Kunst hin, gegen die das Handwerksstück stark zurücktreten müsse. Im Zusammenhang damit wurden die innerlichen Beziehungen der Kunst zur Kultur und Geschichte der zeitgenössischen Gesellschaft in prägnanten Beispielen freigelegt. Schilling erwartet von der Großen Kunstausstellung 1920, wenn auch nicht eine neue Epoche, so doch einen bedeutsamen Schritt weiter in der Entwicklung der Kunst. Nachdem Ministerialdirektor Mentlich als Vertreter des Kultusministers die Stellung der Regierung zur Künstlerchaft und besonders zur Kunstszene und zur Organisation der Künstler dargestellt und die neue Einheitsfront der Großen Kunstausstellung begrüßt hatte, eröffnete der Reichspräsident Ebert die Ausstellung.





